

N i e d e r s c h r i f t

über die 28. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 24. Juli 2014, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

Anwesend:

- a) Stadtverordnetenvorsteher: Ralf Burckart
- b) Stadtverordnete:
- | | |
|--------------------------|----------------|
| Jürgen Arnold | |
| Moritz Arnold | |
| Hans Bausch | |
| Anneliese Bork | |
| Michael Fischer | (entschuldigt) |
| Dagmar Gebauer | |
| Sebastian Gebauer | |
| Renate Geiselbrechtinger | |
| Axel Globuschütz | |
| Dr. Michaela Goll | |
| Dieter Haggenmüller | |
| Dirk Hansmann | |
| Volker Heine | |
| Iskender Isikci | |
| Timo Klös | (entschuldigt) |
| Gisela Koch | |
| Gudrun Lang | |
| Harald Liebermann | |
| Franziska Lodde | |
| Hendrik Lodde | |
| Antje Markgraf | |
| Uwe Markgraf | |
| Burkhard Nöh | (entschuldigt) |
| Dr. Christof Schütz | |
| Werner Schwarz | |
| Matthias Spangenberg | |
| Tim-Ole Steinberg | (entschuldigt) |
| Eva Steinmetz | |
| Thomas Utschig | |
| Fabian Wedemann | |
| Wolfgang Weiß | |
| Horst Weitze | |
| Michael Wolter | |
| Dr. Heinz-Lothar Worm | |
| Metin Yildiz | (entschuldigt) |
| Marga Zoller | |
- c) Magistrat:
- | | |
|-----------------------------|----------------|
| Bürgermeister Jörg König | |
| Stadtrat Norbert Arnold | |
| Stadtrat Thomas Altenheimer | |
| Stadträtin Petra Braun | (entschuldigt) |
| Stadtrat Wolfgang Gath | (entschuldigt) |
| Stadtrat Reinhold Krapf | (entschuldigt) |

Stadtrat Robert Kreuzinger-Ibe
Stadtrat Gerhard Trinklein

- d) Ausländerbeauftragter: Dr. Ehsan Sadeghian
- e) Frauenbeauftragte: Gudrun Größer
- g) Verwaltung: Hans-Ulrich Heymann
Heidrun Grünhage
Kerstin Schäfer
- h) Presse: Herr Agel, Gießener Allgemeine
- i) Zuhörer: 10 Personen
- j) Protokollführer: Stefan Hilberg

Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart eröffnet die 28. öffentliche Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Er begrüßt die Mitglieder des Parlamentes, den Magistrat, die Presse sowie alle Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde, die durch die HGO vorgeschriebene Veröffentlichung der Einladung in den Lindener Nachrichten sowie dem Lindener Anzeiger Lokal ordnungsgemäß erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Bürgermeister König teilt mit, dass die Magistratsvorlage Drucksache 99/11/16, Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kindertagesstätten der Stadt Linden, von der Tagesordnung zu nehmen ist. Zu den Gründen teilt er mit, dass er die Elternbeiräte der Kindertagesstätten schriftlich und mündlich angehört hat und hierbei interessante Aspekte zum Vorschein kamen, die es nun zu prüfen gilt.

Stadtverordneter Globuschütz beantragt, dass auch der zweite Tagesordnungspunkt, die Magistratsvorlage Drucksache 100/11/16, Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Linden, von der Tagesordnung genommen wird. Eine Gebührensatzung folgt üblicherweise der Benutzungsordnung. Man sollte hier nicht den zweiten vor dem ersten Schritt machen.

Bürgermeister König berichtet, dass er dieses überprüft hat und es kein Problem darstellt die Gebührenordnung zu ändern, da wir eine bestehende gültige Benutzungsordnung haben.

Die Abstimmung über den Antrag von Herrn Globuschütz, den verbliebenen Tagesordnungspunkt ebenfalls zu streichen, wurde mit 13 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Tagesordnung:

1. Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 100/11/16 -

Zu TOP 1

Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Linden - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 100/11/16 -

Bürgermeister König teilt mit, dass im Zuge der Haushaltsgenehmigung darauf hingewiesen wurde, dass der Deckungsgrad der Einnahmen im Bereich der Kindergärten bei ca. 17 Prozent liegt und das

dieses künftig verändert werden muss. Der Magistrat hat die vorliegende Änderung der Gebührensatzung erarbeitet und möchte sie nunmehr von der Stadtverordnetenversammlung beschließen lassen. Die letzte Anpassung der Gebühren wurde zum 01.01.2003 vorgenommen. Mit der vorliegenden Gebührenerhöhung sind wir noch immer, im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden aus dem Landkreis, im unteren Drittel angesiedelt.

In den Ausschüssen wurde diese Vorlage ebenfalls behandelt und intensiv diskutiert. Angesprochen wurden u.a. die Regelung bei Geschwisterkindern, pauschale Essensabrechnung oder die verspätete Abholung.

Eine Änderung zur ursprünglichen Vorlage wurde in der gemeinsamen Besprechung mit den Elternbeiräten der Kindergärten besprochen. Der § 2, Abs. 9 ist folgendermaßen abzuändern.

„Soweit das Land Hessen Zuweisungen für die Freistellung von Benutzungsgebühren für die Benutzung von Kindertagesstätten gewährt, erhebt die Stadt Linden keine Gebühren nach dieser Satzung. Dies gilt für die letzten 12 Monate vor der Einschulung (jeweils ab dem 01. August eines Jahres bis zum 31.07. des Folgejahres), für die tägliche Betreuungszeit von 6 Stunden.“

Stadtverordneter Spangenberg bedauert, dass man diesen Punkt nicht ebenfalls abgesetzt hat, um in aller Ruhe die notwendigen Änderungen zu beraten und dann zu beschließen.

Zu den Äußerungen von Bürgermeister König teilt er mit, dass die Aussage über die letztmalige Gebührenerhöhung aus dem Jahre 2003 nicht unbedingt positiv zu verstehen ist. Denn hätte man über die Jahre hinweg moderate Gebührenerhöhungen vorgenommen, dann bräuchte man heute nicht über solch enorme Gebührenerhöhungen beschließen. Des Weiteren verweist er auf das Schreiben der Landrätin, in welchem ein Gesamtkonzept gefordert wird. Von einem Gesamtkonzept kann hier keinesfalls die Rede sein, obwohl bereits seit Dezember 2013 die Opposition ihre Mitarbeit angeboten hat.

Stadtverordneter Spangenberg berichtet, dass die Opposition die fehlende Beteiligung der Elternbeiräte aufgedeckt hat.

Auch der Zeitplan mit der jetzt die Elternbeiräte beteiligt wurden, ist so für die Zukunft nicht hinnehmbar und man kann nur hoffen, dass dies eine einmalige Vorgehensweise gewesen ist.

Bürgermeister König teilt hierzu mit, dass die letzte Gebührenerhöhung zum 01.01.2013 in Kraft gesetzt wurde und dies ist Tatsache. Die Opposition besitzt bei allen Angelegenheiten ein Vorschlagsrecht und somit hätte auch die Opposition schon vor mehreren Jahren gegen diese Situation vorgehen können. Wir haben alle gehofft, dass sich die Situation ohne die jetzt notwendigen Erhöhungen, von selbst zum positiven wandelt. Dieses ist aber leider nicht geschehen.

Stadtverordneter Dr. Schütz teilt mit, dass man aus dem Antrag den zweiten Tagesordnungspunkt abzusetzen erkennen kann, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Vorgehensweise und auch mit der Gebührenerhöhung, nicht einverstanden ist.

Insbesondere ist die Hektik mit der innerhalb weniger Tage die Beteiligung der Elternbeiräte über die Bühne gezogen worden ist, nicht nachvollziehbar. Solche Verläufe führen zu unsachgemäßen Umgang mit wichtigen Themen.

Beteiligungsrechte werden verletzt, Fristen werden nicht eingehalten dies zieht sich alles wie ein roter Faden durch die Änderung der Gebührensatzung. Auch bei der Niederschrift der Elternbeiräte wird auf die Anwesenheitsliste verwiesen, aber diese ist nicht beigefügt. Des Weiteren wartet Stadtverordneter Dr. Schütz seit den Haushaltsberatungen auf eine Information zu bezuschussten Plätzen in den Kindertagesstätten.

Bürgermeister König antwortet hierauf, dass bezüglich der Anwesenheitsliste zum Protokoll der Elternbeiräte keine Datenschutzrechtliche Abstimmung erfolgen konnte. Es handelte sich bei dieser Sitzung um keine öffentliche Sitzung.

Nach Rücksprache mit Frau Grünhage vom Ordnungsamt konnten die gewünschten Informationen zu den bezuschussten Plätzen in den Kindertagesstätten gegeben werden.

Stadtverordneter Liebermann teilt mit, dass er von Seiten der Opposition immer nur das Schlagwort „Gesamtkonzept“ hört. Eigene Vorschläge, Wünsche oder Anregungen sind aber leider Fehlanzeige. Sie verwehren sich gegen die Anpassung von Gebühren, können aber keine Alternative nennen.

Stadtverordneter Spangenberg berichtet, dass aus einer Aneinanderreihung von einzelnen Änderungen noch kein Gesamtkonzept entsteht und dieses ist hier wieder deutlich geworden. Es gilt in unterschiedlichen Bereichen eine Abwägung zu treffen wie und wo man an der Geldschraube dreht. Genannt sei hier auch die Einrichtung „Die Mäuschen“. Diese Einrichtung deckt 40 Prozent der U3-Betreuung in Linden ab und hier ist es noch zu keiner Regelung gekommen. Sollte diese Einrichtung wegfallen, dann würde Linden die gesetzlich vorgeschriebene Betreuungsquote nicht erreichen können.

Bürgermeister König erläutert, dass die Angelegenheit mit den Mäuschen im Herbst geregelt wird. Er steht in engem Kontakt mit Frau Weber von der Einrichtung.

Bei 19 Ja-Stimmen von CDU, FW sowieso FDP und 13 Gegenstimmen von SPD und Bündnis90/Die Grünen wird die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 100/11/16 mit der Änderung zu § 2, Abs. 9, mit Mehrheit so beschlossen.

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Ralf Burckart; Stadtverordnetenvorsteher

Hilberg, Protokollführer